



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



13. Mai 2016

Inhalt

- 1. Gute Arbeit braucht klare Regeln: SPD verhindert Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen**
- 2. SPD-Wertekonferenz zum Thema Gerechtigkeit**
- 3. TTIP, wie die Amerikaner es sich wünschen, wird es nicht geben – wir stehen zu unseren roten Linien!**
- 4. Fluchtursachen bekämpfen**
- 5. Sichere Herkunftsstaaten werden auf Marokko, Algerien und Tunesien ausgeweitet**
- 6. SPD stärkt Pflege weiter**



Gute Arbeit braucht klare Regeln

SPD verhindert Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen

Nach Rentenpaket, Mindestlohn und Tarifeinheit setzt unsere Bundesministerin Andrea Nahles das nächste wichtige Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um. Am Dienstag beschloss der Koalitionsausschuss, den Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen zügig ins Bundeskabinett und weiter ins parlamentarische Verfahren einzubringen. Damit wird es zukünftig klare Regeln für Leiharbeit und Werkverträge geben.

Wir verhindern so den Missbrauch und das Umgehen von Arbeitsstandards. Um Auftragsspitzen zu bewältigen oder Personalausfälle zu überbrücken, sind Werkverträge und Leiharbeit in einer hochflexiblen Wirtschaft notwendig. Wir

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht, dass dadurch die Stammebelegschaft verdrängt wird oder Arbeiternehmer jahrelang mit Leih- und Werkverträgen arbeiten. Auch für Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkverträgen muss gelten: Gute Arbeit braucht klare Regeln!

Dieses Ziel haben wir nun im Dialog mit den Sozialpartnern erreicht. Wichtig war uns auch, dass das Gesetz die Leiharbeit durch die neue Überlassungshöchstdauer und den Grundsatz von Equal Pay, also gleicher Bezahlung, auf ihre eigentliche Funktion zurückführt: Sie wird Unternehmen auch zukünftig die nötige Flexibilität bieten, aber eben nicht weiter als Instrument zur Verdrängung der Stammebelegschaft dienen. Wir freuen uns, dass dieses wichtige Gesetz nun endlich auf den Weg gebracht ist.

SPD-Wertekonferenz zum Thema Gerechtigkeit

Mit der „Wertekonferenz Gerechtigkeit“ am Montag dieser Woche im Willy-Brandt-Haus hat die SPD ihre Perspektivdebatte eingeleitet. Intensive Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und der gesamten Partei werden den Weg der SPD zum Programm für die Bundestagswahl 2017 bestimmen.

Zum Auftakt erhielt SPD-Chef Sigmar Gabriel auf der „Wertekonferenz Gerechtigkeit“ viel Applaus für [seine Rede](#). Er gestand darin auch Fehler der Sozialdemokratie ein, die dazu führten, dass ein tief empfundener Vertrauensverlust insbesondere auch die SPD treffe. Dennoch betonte Gabriel: „Für die Sozialdemokratie aber sind Gerechtigkeitsfragen konstitutiv.“

Auf der Gerechtigkeitskonferenz diskutierte die Partei gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden und Gewerkschaften über die Ursachen und die notwendigen Konsequenzen aus der Gerechtigkeitsdebatte. Wir kämpfen dagegen an, dass Wohlstand, Macht und Bildung in Deutschland zunehmend ungleich verteilt sind. Die Diskutanten gingen der Frage nach, wie gerecht die soziale Marktwirtschaft eigentlich ist. Dabei wurden unterschiedliche Positionen vertreten. Alle Diskutanten waren sich aber darin einig, dass Kapital nicht geringer besteuert werden sollte als Arbeit. Eindrücke, Redebeiträge und Positionen können auch noch einmal nachgelesen und nachgehört werden unter <https://www.spd.de/partei/sicher-gerecht-weltoffen/>

TTIP, wie die Amerikaner es sich wünschen, wird es nicht geben – wir stehen zu unseren roten Linien!

Am Mittwoch wurde während der aktuellen Stunde zum Thema TTIP und Freihandelsabkommen debattiert. Unser Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat die Position der Bundesregierung zum Stand der Verhandlungen erläutert. Durch die Veröffentlichungen angeblicher Verhandlungsergebnisse durch Greenpeace (die sog. TTIP-Leaks) versuche die Opposition den Eindruck zu erwecken, die Bundesregierung plane ein Abkommen zu unterstützen, welches unsere Standards absenke.

Richtig ist, dass „niemand so ein Abkommen unterschreiben würde“, so Gabriel im Plenum (die ganze Rede gibt es hier: <http://dbtg.tv/fvid/6828350>). Sigmar Gabriel verwies darauf, dass, auch wenn die Amerikaner sich TTIP so wünschen würden, niemand ernsthaft in Deutschland oder in der EU davon ausgehen könne, dass solch ein Abkommen abgeschlossen werde. Fakt ist, die veröffentlichten Dokumente belegen deutlich, dass die EU und die Vereinigten Staaten in vielen entscheidenden Fragen meilenweit von einem Verhandlungsergebnis entfernt sind.

Freihandel ja, aber nur nach unseren Regeln!

Gabriel betonte während seiner Rede ausdrücklich, dass die vom SPD-Parteikonvent markierten „roten Linien“ für eine Bewertung entscheidend sind. Ein Zurückfallen hinter unsere Arbeits-, Verbraucher- und Umweltstandards oder eine Abkehr vom Vorsorgeprinzip werde nicht stattfinden. Vielmehr gelte der Grundsatz, Recht und Regeln zu schützen und zu stärken, statt Normen auszuhöhlen.

Was in CETA enthalten ist, muss auch in TTIP enthalten sein!

Sigmar Gabriel unterstrich in seiner Rede auch die besondere Bedeutung von CETA. Das geplante Abkommen mit Kanada werde von den Amerikanern als zu weitreichend kritisiert. Unser Standpunkt ist ein anderer: CETA markiert das „Schutzschild für ein schlechtes TTIP“. Bei CETA gelang in Nachverhandlungen eine Abkehr von privaten Schiedsgerichten hin zu öffentlich bestellten Richtern samt Berufungsinstanz. Weiterhin wurden die ILO-Kernarbeitsnormen sowie Umwelt- und Verbraucherschutzrechte implementiert. Diese Regeln müssen folglich auch in TTIP enthalten sein, so der Bundeswirtschaftsminister.

Gleichwohl können Handelsabkommen eine Chance sein, unsere exportorientierte Wirtschaft durch den Abbau von Handelshemmnissen zu unterstützen und gleichzeitig weltweit unsere hohen Standards im Umwelt-, Arbeitnehmer-, und Verbraucherschutz zu verankern, sprich eine Vorreiterrolle bei der internationalen Standardsetzung einzunehmen.

Eine sachliche Auseinandersetzung zum Thema Freihandel ist nötig

Über diese in die Zukunft gewandte Sichtweise sollte zumindest diskutiert werden. Wir müssen uns grundsätzlich die Frage erlauben, ob wir die Zukunft durch progressive Vorschläge gestalten und damit einen Gestaltungsanspruch für uns einnehmen wollen oder ob wir durch eine negative Grundhaltung Gefahr laufen, Realitäten auszublenden. Hier lauere in naher Zukunft die Gefahr, dass der asiatische Markt zunehmend unsere bisherigen Standards untergräbt, wenn wir uns auf europäischer Ebene nicht rechtzeitig vorbereiten.

Aber noch einmal: Dies bedeutet keine Zustimmung! Wir sollten lediglich eine offene Debatte über die Wirkungen von Freihandelsabkommen führen, um das Für und Wider sachlich abwägen zu können.

Fluchtursachen bekämpfen

Weltweit sind rund 60 Millionen Menschen nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Sie fliehen vor gewaltsamen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen oder politischer, ethnischer und religiöser Verfolgung.

Ein Teil dieser Flüchtlinge hat sich bisher auf den Weg nach Europa aufgemacht, doch fast 90 Prozent werden von Entwicklungsländern aufgenommen. Damit die Zahl der Flüchtlinge langfristig sinkt, müssen wir nachhaltig zum einen die Lebensbedingungen vor Ort in den Aufnahmestaaten und zum anderen in den Herkunftsländern verbessern.

Bisher haben etwa 4,8 Millionen syrische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Aufnahme gefunden. Das stellt erhebliche Herausforderungen auf den jeweiligen Wohnungs- und Arbeitsmärkten, sowie für die Bildungs- und Gesundheitssysteme dar. Allein der Libanon hat über eine Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Zum Vergleich: Die Republik Libanon ist nur halb so groß wie Hessen und das bei ähnlicher Bevölkerungszahl.

Mit Frank-Walter Steinmeier an der Spitze treten wir Sozialdemokraten für eine internationale und gemeinsame Bekämpfung der Fluchtursachen, aber auch für die Unterstützung der Nachbarstaaten und ihrer akuten Aufnahmesituation ein.

Investitionen in Jordanien, im Libanon aber auch im Grenzgebiet der Türkei, beispielsweise in menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte, müssen genau so energisch angegangen werden, wie die unvermindert katastrophale Lage in Syrien. Aktuell sind hier 13,5 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Die hohe Anzahl der beteiligten Akteure und ihrer gegenläufigen Interessen haben bislang dazu beigetragen, eine politische Lösung zu verhindern. Die brutale Vertreibungspolitik durch Terrorgruppen wie dem sogenannten „Islamischen Staat“ ebenso wie das brutale und rücksichtslose Vorgehen des syrischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung, verhindern eine Beilegung des Konfliktes.

Die Krisen in den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge müssen jedoch überwunden werden, um Fluchtbewegungen einzudämmen. Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge!

In unserem [gemeinsamen Antrag mit der CDU/CSU-Fraktion](#), den wir im Deutschen Bundestag aktuell beraten, fordern wir die Bundesregierung dazu auf, in ihren Anstrengungen zur Fluchtursachenbekämpfung nicht nachzulassen und sich vor allem weiterhin für eine politische Lösung des syrischen Bürgerkriegs zu engagieren.

Sichere Herkunftsstaaten werden auf Marokko, Algerien und Tunesien ausgeweitet

Marokko, Algerien und Tunesien sollen zukünftig als sichere Herkunftsstaaten gelten. Der [Gesetzentwurf](#) der Bundesregierung wurde am Freitag im Parlament in namentlicher Abstimmung beschlossen. Nun muss der Bundesrat noch darüber beraten. Um wirklich Schutzbedürftige schneller zu identifizieren, wurden im vergangenen Jahr bereits Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Selbstverständlich bleibt das Recht auf eine individuelle Prüfung von Antragstellern im Asylverfahren von dem Gesetz unberührt. Zudem ist der Bund verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage in den betreffenden Ländern vorzulegen.



Ziel der Vereinbarung ist es außerdem, die Verfahrensdauer und die Rückführung im Falle einer Ablehnung bei Asylantragstellern mit geringer Chance auf Anerkennung zu beschleunigen. Auch werden kürzere Ausreise- und Klagefristen eingeführt sowie die Pflicht, bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Für die SPD ist es wichtig, dass wir an der Überprüfung der Lage in den jeweiligen Ländern festhalten. Wir bleiben dabei: Voraussetzungen für eine gute Flüchtlings- und Asylpolitik sind ein kontrollierter Zuzug von Asylbewerbern und schnelle Asylverfahren. Nur, wenn wir wissen, wer zu uns kommt, können wir die Menschen gut betreuen und unterbringen. Und nur, wenn die Asylverfahren schnell entschieden werden, kann auch die Integration schnell beginnen – oder im Falle einer Ablehnung die Rückführung in die Heimatländer erfolgen.

SPD stärkt Pflege weiter



Am 12. Mai ist #TagderPflege

Dank und Respekt allen Menschen, die in der Pflege arbeiten und sich für andere engagieren.

MEHR WERTSCHÄTZUNG VON PFLEGENDEN!
www.spdfraktion.de/tag-der-pflege

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Zum „Tag der Pflege“ am 12. Mai 2016 können wir auf viele deutliche Verbesserungen für Pflegende, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verweisen. Unsere Bilanz:

Für die SPD ist eine grundlegende Verbesserung der Pflege ein besonderer Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die Zunahme des Anteils betagter Menschen an der Gesamtbevölkerung ist ein Zeichen für unseren gesellschaftlichen Fortschritt. Pflege geht uns alle an und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist ein wesentlicher Baustein, um auch in Zukunft gute Pflege gewährleisten zu können und das Vertrauen in eine gute Versorgung im Alter zu stärken.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz I wurde das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Dadurch erhalten rund 2,7 Millionen Pflegedürftige in Deutschland bereits seit dem 1.1.2015 mehr Leistungen. In der ambulanten Pflege wurden die Leistungen um rund 1,4 Mrd. Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund 1 Mrd. Euro. Pflegende Angehörige werden besser entlastet, indem die Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause ausgeweitet wurden, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöhte sich deutlich. Zusätzlich wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wurde die umfassendste Änderung der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vorgenommen, indem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt wurde. Das heißt, die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. An Demenz erkrankte Menschen etwa bekommen nun erstmals auch Unterstützung.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz III, das wir in diesem Jahr beschließen möchten, wird die Rolle der Kommunen sowie die Pflegeberatung vor Ort deutlich gestärkt, damit Hilfe auch dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird.

Mit dem Pflegeberufereformgesetz werden wir den Pflegeberuf deutlich attraktiver machen und mehr Menschen für dieses so wichtige Berufsfeld gewinnen.



Unsere Tipps:

- **Deutscher Engagementpreis:** Engagierte können anhand unterschiedlicher Kriterien nach Auszeichnungen recherchieren und sich bei zahlreichen Preisen bewerben. Weitere Informationen finden sich auf den Seiten des Deutschen Engagementpreises in der Datenbank unter <https://www.deutscher-engagementpreis.de/preislandschaft/>
- **Parlamentarisches Patenschafts-Programm PPP 2017/2018:** Als junge Botschafter für ein Jahr in die USA – mit dem PPP können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige und Auszubildende diesen Traum erfüllen. Informationen gibt es unter <http://www.bundestag.de/ppp>. Bewerbungsschluss ist der 16. September 2016.
- **Sommerkonferenz – Sicherheitspolitik gestalten:** Zusammen mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik möchte das Bundesministerium für Verteidigung jungen Menschen die Möglichkeit geben, Sicherheitspolitik ganz praktisch und durch eigenes Erleben kennenzulernen. Vom 18. bis zum 21. September können sich 80 Studierende aus allen Fachrichtungen mit Prozessen und Mechanismen des internationalen Konflikt- und Krisenmanagements vertraut machen. Informationen gibt es unter <https://www.baks.bund.de/de/aktuelles/bewirb-dich-sommerkonferenz-selbst-einmal-minister-sein>
- **Deutscher Wirtschaftsfilmpreis 2016:** Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis ist einer der ältesten Filmpreise Deutschlands. Er wird jährlich vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgeschrieben und wird für die besten Filme aus der Wirtschaft und über die Wirtschaft verliehen. Der Wettbewerb verfolgt das Ziel, die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge in der Bevölkerung zu vertiefen. Vertiefende Informationen gibt es unter http://www.bafa.de/bafa/de/wirtschaftsfoerderung/deutscher_wirtschaftsfilmpreis/

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia